

Anträge

Inhaltsverzeichnis

aoBPT - Außerordentlicher Bundesparteitag

aoBPT001	Änderung des Wahlrechts	3
aoBPT002	Finanzministerium nicht an die FDP	3
aoBPT003	Kommerzialisierung im Gesundheitswesen stoppen – Fallpauschalen abschaffen	4
aoBPT004	Doppelverbeitragung beseitigen - Vertrauensbruch heilen	4
aoBPT005	Kooperationsgebot statt Kooperationsverbot: Mehr Bildungsgerechtigkeit gewährleisten	5

aoBPT - Außerordentlicher Bundesparteitag
aoBPT - Ini - Initiativanträge aoBPT

aoBPT - Ini001	Abschluss des Koalitionsvertrages zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP	5
-------------------	--	---

Antrag aoBPT001: Änderung des Wahlrechts

Antragsteller*in:	Ortsverein Mainz-Finthen
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an SPD-Bundestragsfraktion
Sachgebiet:	aoBPT - Außerordentlicher Bundesparteitag

Der Parteitag möge beschließen:

Die SPD setzt sich - mit der entsprechenden Bitte an die Bundestags-Fraktion – für folgende Änderung des Bundeswahlgesetzes ein:

Um das Direktmandat in einem Wahlkreis zu erhalten, sind mehr als 50 % der abgegebenen Stimmen erforderlich. Wird diese Mehrheit im ersten Wahlgang nicht erreicht, ist eine Stichwahl durchzuführen.

Antrag aoBPT002: Finanzministerium nicht an die FDP

Antragsteller*in:	Abteilung Fennpfehl
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Koalitionsvertrag
Sachgebiet:	aoBPT - Außerordentlicher Bundesparteitag

Der Parteitag möge beschließen:

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen, Deutschland muss modernisiert werden. Die Land muss fit gemacht werden für den Klimawandel. Die digitale Infrastruktur ist nicht in solch einem Zustand, der für solch ein hoch industrialisiertes Land wie Deutschland erforderlich ist, um unseren Lebensstandard zu sichern. Umfangreiche Investitionen sind nötig. Um diese Investitionen zu bezahlen, wäre eigentlich die Erhöhung des Spitzensteuersatzes nötig. Erstens, sollten aus solidarischen Gründen starke Schultern mehr tragen als Schwache, und zweitens profitieren ja gerade die Unternehmen von einer verbesserten Infrastruktur in Deutschland. Mehr noch, das Risiko, dass ein FDP-Finanzminister mit seinem Vetorecht wichtige Infrastrukturmaßnahmen verhindern könnte, erscheint uns sehr groß. Dies könnte die Zukunft unseres Landes gefährden und die Enttäuschung unserer Wähler und Wählerinnen wäre vorprogrammiert. Darüber hinaus stellt ein wirtschaftsliberaler deutscher Finanzminister „eine systematische Gefahr“ für die europäische Idee und den grünen Wiederaufbau Europas dar. Er stünde für eine seit Jahrzehnten überholte liberale Finanzpolitik der 1990er, die den aktuellen Bedürfnissen Deutschlands und Europas einfach nicht mehr entspräche.

Eine zu schnelle, unsolidarische und erzwungene Rückkehr zu den Schuldenregeln der Maastricht-

Ära und die Austerität der Schäuble-Jahre, die die europäischen Mitgliedstaaten zwingt, ihre Schulden auf 60% des BIP zu begrenzen, würde notwendige öffentliche Investitionen auf dem gesamten Kontinent unmöglich machen. Den Kampf gegen die Folgen der Pandemie und den Klimawandel würde geschwächt werden und den rechten Populisten Europas einen bisher nie da gewesenen Zulauf garantieren. Die europäische Idee wäre auf Jahrzehnte zurückgeworfen. Nicht der Einfluss von Außen ist Europas größte Gefahr, sondern eine falsche und unpassende Rückkehr zur Austerität, die von einer Minderheit europäischer Staaten, allen voran aber von einem liberaldemokratischen deutschen Finanzministerium gefordert werden würde.

Wir dürfen nicht davon ausgehen, dass ein starkes sozialdemokratisches Kanzleramt und ein grünes Umweltministerium genug Druck auf einen wirtschaftsliberales Finanzministerium hätten. Die FDP ist gezwungen, ihre Mitarbeit in der Koalition an ihre Wähler:innen zu verkaufen – ein Wettbewerb mit eingegrabenen Stellungskämpfen wäre vorprogrammiert, in dem die durch die Wahlen endlich wiedergewonnenen Perspektiven und Spielräume für eine zwingend notwendige Erneuerung Deutschlands und Europas rasch verschwinden würden. Nur ein sozialdemokratisches oder grünes Finanzministerium würde es uns erlauben, unsere Ziele, Vorstellungen und Wahlkampfversprechen einzulösen und den postpandemischen, europäischen Wiederaufbau solidarisch und nachhaltig grün zu gestalten.

Antrag aoBPT003: Kommerzialisierung im Gesundheitswesen stoppen – Fallpauschalen abschaffen

Antragsteller*in:	Kreis 03 Pankow
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an BTF-Fraktion und Mitglieder der Bundesregierung
Sachgebiet:	aoBPT - Außerordentlicher Bundesparteitag

Der Parteitag möge beschließen:

Der SPD-Parteivorstand wird aufgefordert, sich in den laufenden Koalitionsverhandlungen für eine umfassende Reform der Krankenhausfinanzierung inklusive der Abschaffung der Fallpauschalen einzusetzen und diese in der ersten Hälfte der Legislaturperiode umzusetzen.

Antrag aoBPT004: Doppelverbeitragung beseitigen - Vertrauensbruch heilen

Antragsteller*in:	Kreis 03 Pankow
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an SPD-Parteivorstand
Sachgebiet:	aoBPT - Außerordentlicher Bundesparteitag

Der Parteitag möge beschließen:

Der SPD-Parteivorstand wird aufgefordert, in der künftigen Bundesregierung umgehend die im Wahlprogramm und vom Kanzlerkandidaten noch zwei Tage vor der Bundestagswahl versprochene vollständige Abschaffung der Vollverbeitragung sowie der Doppelverbeitragung von Betriebsrenten in der gesetzlichen Krankenversicherung umzusetzen.

Antrag aoBPT005: Kooperationsgebot statt Kooperationsverbot: Mehr Bildungsgerechtigkeit gewährleisten

Antragsteller*in:	UB Bergstraße
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Koalitionsvertrag
Sachgebiet:	aoBPT - Außerordentlicher Bundesparteitag

Der Parteitag möge beschließen:

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, in einem potentiellen Koalitionsvertrag bezüglich Artikel 91a Absatz 1 GG dahingehend eine Verfassungsänderung anzustreben, dass das Kooperationsverbot für den Bildungsbereich in ein Kooperationsgebot von Bund und Ländern umgewandelt wird. Durch diese Verfassungsänderung sollte es dem Bund ermöglicht werden, bei der Setzung von übergeordneten Bildungsstandards mitzuwirken und bei der Überprüfung der Einhaltung der Qualitätsstandards mit den Ländern zusammenzuarbeiten.

Antrag aoBPT - Ini001: Abschluss des Koalitionsvertrages zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP

Antragsteller*in:	SPD-Parteivorstand
Status:	Empfehlung der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	aoBPT - Außerordentlicher Bundesparteitag Untersachgebiet: aoBPT - Ini - Initiativanträge aoBPT

Der Parteitag möge beschließen:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) schließt den mit BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN und der Freien Demokratischen Partei (FDP) ausgehandelten Koalitionsvertrag vom 24. November 2021 ab.